



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

10/2019

Inhalt

Verfahren

Konvertierte Iraner und Iranerinnen im Asylverfahren	2
Qualitätssicherung im Asylverfahren	4
Das Referat 62B „Qualitätsaudit“ stellt sich vor	5
Neuer Länderreport zu Libyen	6
Prüfung von iranischen Dokumenten	7
Optimierte, digitalisierte Anfragenstellung an die Informationsvermittlungsstelle durch Ticketsystems T-IVS nun möglich	7

Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	8
IZ Asyl und Migration weist hin auf	9

Konvertierte Iraner und Iranerinnen im Asylverfahren

Konversion im Asylverfahren, insbesondere bei iranischen Staatsangehörigen, beschäftigt seit Jahren die Entscheiderinnen und Entscheider im Bundesamt, die Rechtsprechung, die Kirchen und die Politik in Deutschland, aber auch die Asylbehörden in den EU Mitgliedstaaten. Denn es handelt sich um ein Hauptvorbringen iranischer Asylsuchender nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien, der Schweiz, Finnland, Irland, Luxemburg, Malta, Polen, Slowakei und Großbritannien. Dabei wurden in der EU im ersten Halbjahr 2019 nach einer nicht veröffentlichten Untersuchung¹ insgesamt 9.954 Entscheidungen² getroffen, davon Flüchtlingsschutz für 3.639 Personen und subsidiären Schutz für 153 Personen, zusammen 38,1 Prozent. In 6.162 Verfahren erfolgte eine Ablehnung (62 Prozent).

¹ EASO vom 31.07.2019.

² Betrifft alle Iraner, nicht nur die Konvertiten.

Im selben Zeitraum haben Antragsteller aus Iran in 1.224 von 6.071 Entscheidungen vom Bundesamt³ Schutz erhalten (Gesamtschutzquote 20,2 Prozent). Im ersten Halbjahr 2019 haben die Verwaltungsgerichte in 3.793 Entscheidungen für 891 Personen Schutz zugesprochen (Gesamtschutzquote 23,5 Prozent). Sowohl beim Bundesamt als auch bei den Verwaltungsgerichten ist Konversion nach Einschätzung von Sachbearbeitenden das dominierende Hauptvorbringen, das Bundesamt erfasst die vorgebrachten Verfolgungsgründe nicht. Das ist ein wesentlicher Grund, warum das Bundesamt das Zahlenwerk in der jüngst von Open Doors u.a.⁴ veröffentlichten Studie nicht nachvollziehen kann, obwohl hier in wissenschaftlicher Herangehensweise eine hohe Zahl von 6.516 Rückmeldungen generiert wurde.

Handreichungen für Entscheiderinnen und Entscheider

Länderreport

Das Bundesamt hat für die Entscheiderinnen und Entscheider im März 2019 einen Länderreport zur Situation der Christen im Iran herausgegeben.⁵ Dabei wird insbesondere auf die Verfolgungssituation der christlichen Konvertiten, insbesondere, wenn sie in Hauskirchen organisiert sind, eingegangen. Seit 2010 wurden mehr als 600 Christen verhaftet. 2017 wurden mindestens zwölf Christen zu Haftstrafen von zehn und mehr Jahren verurteilt. Anklagen sind oftmals politischer Natur, die mit dem Vorwurf verbunden sind, die nationale Sicherheit zu bedrohen und das System zu gefährden. Kirchen wurden geschlossen. Evangelikale Gottesdienste bleiben auf den Sonntag (Werktag) beschränkt und Gottesdienste in persischer Sprache sind grundsätzlich verboten. Die staatlich kontrollierte Verbreitung antichristlicher Publikationen nahm 2016 zu.

Muslimen ist es ebenso verboten zu konvertieren („Abfall vom Glauben“) wie an Gottesdiensten anderer Religionen teilzunehmen. Anerkannten christlichen Gemeinden⁶ ist es verboten, Christen mit muslimischem Hintergrund zu unterstützen. Dies betrifft auch zwangsweise Rückkehrer aus dem Exil, ihnen bleiben nur die Hauskirchen im Untergrund. Christliche Gottesdienste in der Landessprache Persisch sind

³ Geschäftsstatistik des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, betrifft alle Iraner, umfasst auch nationale Abschiebeverbote.

⁴ „Schutz für Konvertiten vor Abschiebung in Länder mit Christenverfolgung“ vorgestellt am 28.10.2019, www.opendoors.de.

⁵ Länderreport (10) Iran, Situation der Christen, 03/2019, veröffentlicht auch über www.bamf.de.

⁶ Armenisch-orthodoxe Kirche, Assyrische Kirche und Chaldäische Kirche.

in Iran verboten, ebenso die Verbreitung christlicher Schriften. Konvertiten sind willkürlichen Verhaftungen und Schikanen ausgesetzt. Hauskirchen stehen unter Beobachtung. Trotz des Verbots nimmt die Konversion zum sunnitischen Islam und zum Christentum in erheblichem Umfang zu. Unter den Christen im Islam stellen Konvertiten aus dem Islam mit schätzungsweise mehreren Hunderttausend inzwischen die größte Gruppe dar, noch vor den Angehörigen anerkannter christlicher Kirchen.

Die Sicherheitsbehörden nehmen bei Razzien in den Hauskirchen vor allem zum Christentum konvertierte Personen fest und beschlagnahmen Bibeln und christliche Materialien. Verhaftete müssen mit Folter rechnen. Christliche Konvertiten wurden 2017 u.a. zu hohen Haftstrafen von 10 bis 15 Jahren verurteilt. Abtrünnige vom Islam (Konvertiten) werden aufgrund des internationalen Drucks auf Einhaltung der Menschenrechte zumeist nicht wegen Apostasie, sondern wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ (Art. 500 IStGB) bzw. „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“ (Art. 610 IStGB) zu Haftstrafen verurteilt. Diese Delikte besitzen unklar definierte Tatbestandsmerkmale und werden von den Gerichten in der Praxis zur Verurteilung der konvertierten Personen herangezogen. Eine Vollstreckung der Todesstrafe wegen Apostasie zuletzt im Jahr 1990 öffentlich bekannt.

Dienstanweisung Asyl

Der Sachvortrag Konversion kann zur Zuerkennung von Flüchtlingsschutz führen (§ 3 Abs. 1 AsylG). Einschlägig ist hier der Verfolgungsgrund „Religion“. Einem Antragsteller muss hierfür bei Rückkehr eine Verfolgungshandlung (schwerwiegende Menschenrechtsverletzung) durch den Staat oder nichtstaatliche Akteure drohen, weil er sich von seiner bisherigen Religion abgewendet und der neuen Religion zugewendet hat.

Den Umgang mit Verfolgung in Anknüpfung an das Merkmal Religion ist in der Dienstanweisung Asyl⁷ und konkret in den Leitsätzen Iran⁸ geregelt.

Bei vorgetragener Konversion kommt es nicht nur auf die formale Zugehörigkeit zu der neuen Religion an. Im Rahmen der Sachaufklärung ist eine sorgfältige und umfassende Überprüfung der Umstände geboten, bei denen es **entschei-**

dend auf die Ernsthaftigkeit des Engagements für die neue Religion ankommt. Hierbei sind sowohl subjektive als auch objektive Prüfkriterien anzuwenden. Die Entscheiderinnen und Entscheider sollen prüfen, wie sich der Antragsteller im Falle einer Rückkehr verhalten würde (Prognose), mithin wie ernsthaft und nachhaltig er sich der neuen Religion zugewendet hat, insbesondere ob die Befolgung einer bestimmten gefahrgeneigten religiösen Praxis für ihn zur Wahrung seiner religiösen Identität besonders wichtig ist.⁹ Nach der Rechtsprechung des EuGH¹⁰ darf dabei kein Vermeidungsverhalten verlangt werden. Ein wesentliches Element hierbei ist – wie bei anderen Konstellationen auch – die Beurteilung der Glaubhaftigkeit des Vorbringens.

Open Doors hat zahlreiche Rückmeldungen erhalten,¹¹ die Vorlage von Bescheinigungen der Kirchengemeinden – Taufbescheinigungen und Bescheinigungen zur Teilnahme am Gemeindeleben würden sich negativ auswirken. Zur Berücksichtigung solcher Bescheinigungen enthält die Dienstanweisung eindeutige Regelungen:

- Taufbescheinigungen werden vom Bundesamt nicht in Frage gestellt. Sie dokumentieren, dass ein Glaubensübertritt stattgefunden hat. Es ist Aufgabe der Kirchen, die Ernsthaftigkeit des Glaubensübertritts vor der Taufe zu prüfen. Das Bundesamt prüft lediglich, ob der Antragsteller seinen neu angenommenen Glauben in einer Verfolgung auslösenden Art und Weise leben wird. Dabei ist der Entscheider allerdings nicht an die Beurteilung der Kirche gebunden, der Taufe des betroffenen Asylbewerbers liege eine ernsthafte und nachhaltige Glaubensentscheidung zugrunde.¹²
- Die im Rahmen der Darlegungslast vorgelegten Bescheinigungen von Kirchengemeinden, dass sich der Antragsteller/die Antragstellerin in der jeweiligen Gemeinde engagiert, sind bei der Entscheidung entsprechend zu würdigen und zu berücksichtigen, da es auf das erkennbare Engagement für den neuen Glauben ankommt. Ist die Bescheinigung veraltet oder ergibt sich hieraus sonstiger Klärungsbedarf, ist eine aktuelle Bescheinigung anzufordern oder Rücksprache mit der ausstellenden Person zu halten und das Ergebnis in einem Vermerk zur Akte zu nehmen, sofern die Bescheinigung entscheidungserheblich ist. Von einer veralteten Bescheinigung kann ausgegangen werden, wenn diese älter als etwa

⁷ Dienstanweisung Asyl auf dem Laufwerk L „DA-Asyl“ unter dem Stichwort „Verfolgung in Anknüpfung an das Merkmal Religion“.

⁸ Leitsätze Iran- VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH- in der Fassung vom 25.07.2019.

⁹ BVerwG, B. vom 25.08.2015, Rdn. 11.

¹⁰ Grundsatzurteil der Großen Kammer vom 05.09.2012 – C-71/11, C-99/11 (Y+Z/Bundesrepublik Deutschland).

¹¹ S. 6 Nr. 14 und S. 29 der Studie.

¹² BVerwG, B. v. 25.08.2015, 1 B 40.15.

ein halbes Jahr ist. Darüber hinaus sind an den Inhalt der Bescheinigungen gewisse Mindestanforderungen zu stellen. Die Bescheinigung darf nicht den Charakter eines Textbausteins haben und muss – auf den konkreten Einzelfall bezogen – die Art und den Umfang der Glaubensausübung darlegen. Die Ausführungen müssen zudem im Einklang mit den sonstigen Erkenntnissen zu dem jeweiligen Antragsteller stehen.

- Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass Pfarrerinnen und Pfarrer, die den Antragsteller zur Anhörung begleiten, als Zeugen zur Sachaufklärung dienen können und daher befragt werden sollten.

Bei der Sachverhaltsaufklärung darf nach zentralen Glaubensinhalten¹³ gefragt, aber kein Glaubensexamen durchgeführt werden. Im Ergebnis ist nach der Dienstanweisung eine **doppelte Prognose** aufzustellen: das Verhalten des Antragstellers bei Rückkehr in sein Herkunftsland und mögliche Folgen des prognostizierten Verhaltens (Reaktionen staatlicher Stellen oder Dritter, wie Familienmitglieder). Die endgültige Beurteilung des Entscheiders hängt von seiner Überzeugung ab, ob eine eventuell gefahrträchtige religiöse Praxis, insbesondere wie das Missionieren, zur Wahrung der religiösen Identität des Antragstellers besonders wichtig ist.

Hinsichtlich der Prognose des Verhaltens staatlicher Stellen ist zu berücksichtigen: Der EGMR¹⁴ hat mit, entschieden, dass Asylbewerber, die im Ausland zum christlichen Glauben übergetreten sind, im Fall einer Abschiebung in den Iran nur dann ein reales Risiko einer Misshandlung i.S.v. Art. 3 EMRK zu befürchten hätten, wenn sie ihren Glauben in einer Art und Weise kundtun, die von den iranischen Behörden als Bedrohung aufgefasst würde. Dies setze ein gewisses Maß an öffentlicher Bekanntheit voraus. Dies gelte jedoch nicht für gewöhnliche, ihren Glauben diskret ausübende Kirchenmitglieder, die auch nicht aus anderen Gründen in das Blickfeld der Behörden geraten sind.¹⁵

Praxis anderer Asylbehörden

Andere europäische Asylbehörden gehen auf vergleichbare Weise vor¹⁶: die Glaubhaftigkeit der Angaben wird teilweise

ebenfalls anhand von Bescheinigungen über die Art und Intensität der Beteiligung des Konvertiten am Gemeindeleben überprüft. Auch dort wird davon ausgegangen, dass nicht jeder Konvertit im Iran der Verfolgung in Anknüpfung an seine neue Religion unterliegt. Entscheidend ist, ob sein Engagement im Exil auch für andere dauerhaft, sichtbar und bei Rückkehr tatsächlich verfolgungsgefährdend ist. Solchen Konvertiten wird üblicherweise Flüchtlingsschutz gewährt.

Praxis der Verwaltungsgerichte

Open Doors geht in seiner Studie davon aus, dass die Gewährung von Flüchtlingsschutz seitens der Rechtsprechung in einigen Bundesländern auf Fehler der Bearbeitung beim Bundesamt hindeute.¹⁷ Das Bundesamt geht bei der überdurchschnittlichen Schutzquote zugunsten iranischer Konvertiten hingegen davon aus, dass sich in der überwiegenden Zahl der Fälle durch den Zeitablauf bis zur gerichtlichen Entscheidung die Glaubensüberzeugung beim Konvertiten ausreichend verfestigt und sein sichtbares Engagement dank verbesserter Sprachkenntnisse und Vernetzung in der Kirchengemeinde zugenommen haben. Wenn die Verfahren iranischer Antragsteller vom Bundesamt nunmehr innerhalb der üblichen Verfahrensdauer von rund sechs Monaten bearbeitet werden, bleibt im Gegensatz zu den langen Verfahrensdauern von früher für den Konversionsprozess im Erstverfahren kaum die Zeit.

Ursula Gräfin Praschma
Abteilungsleiterin 6

¹⁷ Open Doors, Studie S. 6, Nr. 7 und 8.

¹³ Zur Definition der zentralen Glaubensinhalte wird das Bundesamt demnächst Gespräche mit den Kirchen und führen die Dienstanweisung entsprechend erweitern.

¹⁴ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil vom 19.12.2017, 60342/16.

¹⁵ Open Doors weist darauf hin, dass sämtliche rückkehrenden Konvertiten im Iran als verletztlich, isoliert und real gefährdet einzustufen seien, es gebe keine sichere Prognose, z.B. S. 49 der Studie.

¹⁶ Siehe Fußnote 1.

Qualitätssicherung im Asylverfahren

Das Bundesamt setzt sich selbst hohe Standards für die Qualität seiner Arbeit. Die Optimierung der Geschäftsprozesse und Implementierung eines ganzheitlichen Qualitätssicherungssystems sind im Vergleich mit anderen Behörden nahezu einzigartig. Als Teil des eigenen Selbstverständnisses sind diese hoch gesteckten Ziele für das Bundesamt jedoch obligatorisch, auch wenn sie zwangsläufig zu hohen Anforderungen führen:

Bereits im laufenden Prozess ist eine 100%ige Kontrolle der Asylbescheide im Vier-Augen-Prinzip noch vor der Zustellung vorgesehen. Zudem wird ein zusätzlicher Prozentsatz aller am Vortrag erfolgten Antragsannahmen, Anhörungen und Abschlussarbeiten mittels Stichprobe kontrolliert. Zur Optimierung und Überwachung dieser Prozesse setzt das Bundesamt seit Mai dieses Jahres ein IT-System ein.

Alle im Bereich der Qualitätssicherung eingesetzten Mitarbeitenden haben umfangreiche Schulungen im Bereich Asyl durchlaufen und sind mit der Systematik und den Erfordernissen im Rahmen von Anhörungen und Entscheidungen in Asylverfahren vertraut. Fortlaufend werden zudem Weiterbildungen umgesetzt. So werden aktuell in Zusammenarbeit mit dem UNHCR zum Beispiel zusätzliche aufgabenspezifische Weiterbildungen konzipiert.

Darüber hinaus setzt das BAMF ein Rotationsverfahren der Qualitätssichernden um. Dieses sieht vor, dass alle überwiegend in der dezentralen Qualitätssicherung eingesetzten Sachbearbeitenden einmal jährlich für die Dauer von drei zusammenhängenden Monaten die Bescheide anderer Außenstellen prüfen.

Daneben sichtet das zentrale Qualitätsreferat monatlich eine repräsentative Anzahl von Stichproben mit dem Ziel, systematische Fehlerquellen zu identifizieren und bei Bedarf geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Basis von Qualität und damit einhergehend ein qualitativ hochwertiges Arbeitsergebnis wird allerdings nur mit einer guten Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden erreicht, weshalb die Schulungen zuletzt intensiviert wurden: Allein im Jahr 2018 haben Mitarbeitende über 15.000 Mal an Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen, über die Hälfte davon im Bereich Asyl.

All dies wird im Rahmen des Qualitätsmanagements sowie im Austausch mit dem UNHCR realisiert, fortwährend ausgebaut und an die jeweils aktuellen Bedarfe der Behörde und deren Mitarbeitenden angepasst.

Das Referat 62B „Qualitätsaudit“ stellt sich vor

Um größtmöglichen Erfolg und hochwertige Qualität bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu gewährleisten, setzt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Instrumente eines ganzheitlichen Qualitätsmanagements ein. Als eines von drei Qualitätssicherungs-Referaten bildet das Referat „Qualitätsaudit“ eine Organisationseinheit, die durch Qualitätsuntersuchungen in diversen Fachbereichen des Bundesamtes dazu beiträgt, unsere Behörde von innen heraus – entsprechend sich fortlaufend wandelnden Anforderungen im Migrations- und Integrationsbereich – aufgabengerecht und qualitätsorientiert weiterzuentwickeln.

Audit als Dienstleistung zur internen Qualitätsverbesserung

Die Zuständigkeit des Referats 62B betrifft das interne Qualitätsaudit des BAMF, d.h. das Referat betreibt Qualitätsuntersuchungen als Dienstleistung vom Bundesamt für das Bundesamt. Damit übernimmt das Referat die Funktion eines hauseigenen Qualitätsverbesserungsorgans, in dessen Vorhandensein die Organisationsstruktur des Bundesamtes den Managementsystemen moderner Wirtschaftsunternehmen gleicht. Das Ziel unserer Tätigkeit ist nicht die Überprüfung von Qualitätsanforderungen als Selbstzweck – unser tatsächliches Ziel ist die Erschließung von Verbesserungspotenzialen, Entwicklungsmöglichkeiten und „Best Practices“.

Was genau ist eigentlich ein „Audit“?

„Audit“ ist zunächst ein Fachbegriff der Wirtschaft, dem Englischen entlehnt, woher er auch die unliebsame Bedeutung von ‘Betriebsprüfung’ mit sich bringt. Das Audit des Bundesamtes ist jedoch keine Überprüfung in diesem Sinne, sondern eine interne und zugleich unabhängige Qualitätsuntersuchung der Arbeitsabläufe und -ergebnisse, die auf transparente und systematische Weise durchgeführt wird. Die einzelnen Untersuchungsschritte des Verfahrens und das Ergebnis der Untersuchung werden hierbei dokumentiert. Im Verständnis des Bundesamtes ist das Audit vorrangig ein Instrument des Wissenstransfers, dass die erforderlichen Daten für den internen Lernprozess bereitstellt. Auf dieser Grundlage können die Produkte und Prozesse unserer Behörde objektiv bewertet und weiterentwickelt werden.

Den Verbesserungspotenzialen auf der Spur

Auf der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten ist der Weg des gemeinsamen Dialogs und der Kooperation mit den Mitarbeitenden der auditierten Fachbereiche richtungsweisend. In Teamarbeit mit den Mitarbeitenden vor Ort geht das Auditreferat den Schwierigkeiten und Herausforderungen, aber auch den potenzierten Erfolgen ihrer Arbeit auf den Grund. Durch die transparenten Untersuchungen wird eine objektive Datengrundlage geschaffen, welche notwendige Voraussetzung für Verbesserungsmaßnahmen ist. Um einem weit verbreiteten Missverständnis an dieser Stelle vorzubeugen – Audits verfolgen nicht den Zweck, die Mitarbeitenden zu kontrollieren! Die Daten, die in Auditgesprächen und Auditdokumenten erhoben werden, dienen ausschließlich den Zwecken der Qualitätsverbesserung. Für eine objektive Bestandsaufnahme des jeweils aktuellen Ist-Zustandes der auditierten Bereiche ist das Referat jedoch auf Informationen aus Mitarbeiterbefragungen angewiesen.

Auch die Mitarbeitenden profitieren von Audits

Audits bedürfen effektiver Teamarbeit zwischen Auditierenden und Auditierten. Wenn beide Seiten vertrauensvoll und transparent zusammenarbeiten, erzeugen die Audits Mehrwert in beide Richtungen: Mit Hilfe der Mitarbeitenden werden die erforderlichen Informationen erschlossen, um die Verfahren und Produkte des Bundesamtes weiter zu verbessern. Die Mitarbeitenden bekommen so zum einen die Gelegenheit, in unabhängiger Form Verbesserungsbedarfe zu äußern, die je nach Relevanz an die verantwortlichen Entscheidungsträger weitergegeben werden. Zum anderen tragen optimierte Organisationsformen und erstellte „Best Practices“ zur Umsetzung von Verbesserungen dazu bei, dass die Mitarbeitenden vor Ort ihre Arbeitsaufgaben einfacher und besser bewerkstelligen können.

Arbeitsweise des Qualitätsaudit-Teams

Das Referat 62B ist derzeit noch in der Personalisierung. Zurzeit besteht unser Team aus sieben Mitarbeitenden, verteilt auf die Dienstorte Berlin und Nürnberg. Durch Qualitätsaudits wird festgestellt, inwieweit die Verfahren und Produkte des Bundesamtes (bspw. Anhörungen und Entscheidungen) den Qualitätszielen des Bundesamtes entsprechen und an welchen Stellen es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Dazu werden ausgewählte Sachverhalte, Themenfelder und Fachbereiche untersucht, aber auch die Wechselwirkung zwischen den Organisationseinheiten. Die in den Audits gewonnenen Informationen werden vom Referat eingehend analysiert und ausgewertet. Zur Sicherung der Ergebnisse

werden abschließende Auditberichte erstellt. Darüber hinaus werden Best-Practice-Lösungen zur Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen erstellt und in die Wege geleitet. Der nachfolgende Optimierungsprozess wird vom Referat intensiv begleitet.

Qualitätsaudit vor Ort

Die nach DIN EN ISO 19011 zertifizierten Auditor/innen führen regelmäßige und anlassbezogene Qualitätsaudits in diversen Fachbereichen des Bundesamtes durch. Sämtliche Audits folgen klar definierten Auditprogrammen und Auditzielen. Derzeit finden, wie bereits in der Vergangenheit, anlassbezogene Audits im Kernbereich Asyl statt.

Wo und wann Bundesamts Audits auch stattfinden – sie sind in jedem Fall als Dienstleistung für die Mitarbeitenden und für die Behörde zu verstehen.

Steffen Schelske, 62B



Neuer Länderreport zu Libyen

Der aktuelle Länderreport des Referates „Länderanalysen“ befasst sich mit der Republik Libyen, welche aufgrund ihrer andauernden bewaffneten Konflikte und ihrer Funktion als Durchgangsland von Migration nach Europa beständig in den Medien präsent ist. Der Report vermittelt einerseits eine Übersicht zur allgemeinen politischen Lage im Land, den Besonderheiten der Kriegsführung sowie den wichtigsten politischen Akteuren. Andererseits werden die Siedlungsgebiete und Hintergründe der verschiedenen ethnischen und stammesspezifischen Gruppen detailliert beschrieben. Darüber hinaus benennt der Bericht strategisch wichtige Städte des Landes und erläutert deren Bedeutung im Rahmen der kriegsrischen Auseinandersetzungen.

Der Länderreport 19 ist in Symbol Externer LinkMILO <<http://milo.prod.intern/>> unter dem Pfad: Land - Analysedokumente - Analysen Deutschland - 2019 abrufbar und kann öffentlich verwendet werden.

Anke Eckardt, 62F

Prüfung von iranischen Dokumenten

Nach Erkenntnissen des Auswärtigen Amts ist es für iranische Staatsangehörige relativ leicht, an gefälschte Dokumente zu gelangen. Vielfach werden diese Dokumente als Kopie in das Asylverfahren eingebracht. Dabei handelt es sich überwiegend um angebliche Ladungen, Urteile der Strafgerichte oder Haftbefehle.

In den vergangenen zwanzig Jahren unterscheidet man zwischen drei „Fälschungs-Generationen“; angefangen bei Original-Dokumenten mit falschem Inhalt (bestechliche Beamte) über kopierte inhaltlich veränderte Dokumente bis zur heutigen Fälschungsvariante, die sich der technischen Möglichkeiten eines Downloads aus dem Internet bedient. Ein Tipp: Sollten die kopierten Dokumente in Anwesenheit eines Dolmetschers vorgelegt werden, fragen Sie diesen, ob die „Fachsprache der iranischen Justiz“ im Text stilistisch wiedergegeben ist. Ähnlich wie in Deutschland hat sich in diesem Bereich eine eigenständige Formulierungsform entwickelt, die sich von den allgemein-gebräuchlichen Formulierungen stark unterscheidet. Dies festzustellen, ist für den Dolmetscher kein Problem und für Sie der erste Hinweis darauf, dass hier eine Fälschung vorliegt.

Gerade die Dokumente der Justiz unterliegen bestimmten Formvorschriften, die eine Prüfung, ob möglicherweise Fälschungsmerkmale vorliegen, zulassen, da in vielen Fällen die aktiven Fälscher dieser „Dokumente“ es an der notwendigen Sorgfalt fehlen lassen. Im Laufe zahlreicher Dokumentenprüfungen haben sich einige formale Fehler als symptomatisch herausgestellt. Neben diesen formalen Fehlern sind auch Verfahrensabläufe, die sich aus dem vorgelegten Dokument inhaltlich ergeben, prüfbar. Hierzu bedarf es aber einer Übersetzung eines qualifizierten Dolmetschers. Auch werden

Artikel des iranischen Strafgesetzbuches zitiert, die den Fall oder das Urteil in keiner Weise begründen.

Die Vordrucke und Formulare werden in Iran zentral erstellt und weisen die gleiche Qualität auf, wie man es von den Produkten der Bundesdruckerei in Deutschland gewohnt ist. Starke Verwischungen und ungerade Linienführungen sind immer ein Hinweis darauf, dass hier ein Download mit anschließender IT-Bearbeitung gegeben ist.


Zurzeit besteht die Möglichkeit, die vorgelegten kopierten iranischen Dokumente durch das Referat 62F formal und inhaltlich prüfen zu lassen. Für Mitarbeitende besteht die Möglichkeit das T-IVS-System zu nutzen, die Dokumente und Übersetzungen hochladen und eine Stellungnahme zu erhalten, der entnommen werden kann, ob und welche Fälschungsmerkmale vorliegen.

Dabei genügt dem Grunde nach ein Fälschungsmerkmal, um von einer Fälschung ausgehen zu können.

Herbert Wagner, 62F

Verbindungsbeamter in Teheran von 2003-2008
und 2013-2018

Optimierte, digitalisierte Anfragenstellung an die Informationsvermittlungsstelle durch Ticketsystems T-IVS nun möglich

Seit dem 07.10.2019 ist die Anfragenstellung an die Informationsvermittlungsstelle (IVS) über das Ticketsystem-IVS (T-IVS) möglich. Das System ist nur für Mitarbeitende des Bundesamtes verfügbar und über das Icon  in der infoPORT-Menüleiste zu erreichen.

Folgende Formulare stehen für eine geführte Eingabe zur Verfügung:

- **Medizin:** Anfragen zur Verfügbarkeit/Zugänglichkeit von Medikamenten/Behandlungen im HKL
- **HKL-Fakten:** Länderkundliche Anfragen
- **Grundsatz/Rechtsfragen:** Allgemeine Verfahrensfragen (z. B. zur DA-Asyl)
- **Dokumenten-anforderung:** Anfragen nach konkreten (z. B. zitierten) Dokumenten
- **Auswärtiges Amt:** Anfragen an das Auswärtige Amt (mit VP/ohne VP), dazu zählen auch UNRWA-Abfragen sowie Anfragen an Institute, Institutionen und Universitäten.

Die geführte, einfache und benutzerfreundliche Eingabe gestaltet sich sehr intuitiv und ist angereichert mit diversen Hinweisen und Links (z. B. auf Datenbanken und Arbeitshilfen oder die benötigten Formulare des AA).

Anhänge können direkt mit der Anfrage hochgeladen werden. Die weitere Kommunikation mit der/dem Anfragenden erfolgt wie gewohnt per Mail.

Dieses neue optimierte Verfahren ermöglicht einen reibungslosen Ablauf und eine schnelle Anfragenbearbeitung.

Sollten Sie Fragen zur Nutzung haben, können Sie sich an folgende Mailadresse oder zentrale Telefonnummer richten:
t-ivs.userdesk@bamf.bund.de
 0911-943-24570

Ihre Informationsvermittlungsstelle (IVS)

Aus der Rechtsprechung

Sächsisches Oberverwaltungsgericht ändert Rechtsprechung zu syrischen Klägern im wehrdienstfähigen Alter

Das Sächsische Oberverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 21.08.2019 (Az.: 5 A 644/18.A – juris) die Berufungen syrischer Kläger im wehrdienstfähigen Alter, denen in der Ausgangsinstanz lediglich subsidiärer Schutz zuerkannt worden war, zurückgewiesen. Insofern hat es seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben (Urteile vom 07.02.2018 – Az.: 5 A 714/17.A; 5 A 1234/17.A; 5 A 1237/17.A; 5 A 1245/17.A und 5 A 1246/17.A – juris), nach der wehrdienstpflichtige Syrer einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigen-

schaft haben und sich ausdrücklich der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (Urt. v. 12.04.2019 – 21 B 18.32459 – juris) angeschlossen.

Zur Begründung verweist der Senat darauf, dass angesichts der geänderten Bürgerkriegssituation seit dem Jahr 2018 und mit Blick auf die aktuellen Erkenntnisse keine ausreichenden Anhaltspunkte mehr dafür vorlägen, dass das Regime Wehrdienstentziehern generell eine oppositionelle Haltung unterstellen würde. So werde ein systematisches und einheitliches Vorgehen gegen Wehrdienstentzieher nach einem „Freund-Feind-Schema“ nicht nur durch die uneinheitliche Sanktionierungs- und Rekrutierungspraxis infrage gestellt, sondern auch durch konkrete Amnestie- und Befreiungsregelungen, von denen das Regime hinreichend Gebrauch mache.

Folgen für die Praxis des Bundesamtes:

Zusammenfassend hat sich nunmehr auch das Sächsische Oberverwaltungsgericht – wie zuletzt auch der VGH Baden-Württemberg (Urt. v. 27.03.2019 – Az.: 4 A S 334/19 – juris) und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (Urt. v. 12.04.2019 – 21 B 18.32459 – juris) der überwiegenden berufsgerichtlichen Rechtsprechung angeschlossen. Zwar gibt es immer noch einige, wenige Berufungsgerichte (u.a. OVG Greifswald, Urteil vom 21.03.2018 – Az.: 2 L 238/13; VGH Kassel, Urteil vom 06.06.2017 – Az.: 3 A 3040/16.A – juris; OVG Magdeburg, Urteil vom 21.03.2018 – Az.: 2 L 238/13 – juris; OVG Weimar, Urteile vom 15.06.2018, Az.: 3 KO 162/18 u.a. – juris), die in dieser Frage eine andere Auffassung vertreten. Diese hatten aber bisher noch nicht die Gelegenheit, sich mit der neuen Rechtsprechung und den Argumenten des VGH Baden-Württembergs und des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes auseinanderzusetzen. Jedenfalls sind die Urteile des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts ein weiterer, wichtiger Schritt zur Rechtsvereinheitlichung in dieser äußerst praxisrelevanten Frage.

Frank Engel, 61D



Informationen hierzu:
Informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de

Veröffentlichungen anderer

BTag:

- BPOL Begründung zur Bewertung der Lage in Kabul bzgl. Einsatz, BT-Drs. 19/14216
- Identifizierung, Anerkennungspraxis und Schutzkonzepte für geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) in Asylverfahren, BT-Drs. 19/13773
- Konsequenzen zu Falschangaben zum Alter von angeblich minderjährigen Flüchtlingen, BT-Drs. 19/13966
- Rückführungs-, Präventions- und Deradikalisierungsstrategien für deutsche Staatsbürger in ehemaligen IS-Gebieten, BT-Drs. 19/13466

Kolja Naumann, Vorgaben des BVerfG zur »tagesaktuellen« Erfassung von Erkenntnismitteln, Asylmagazin 8–9/2019, 300ff.

Johannes Ahlswede, Konsequente Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern aus der Bundesrepublik Deutschland – eine Pflicht des Rechtsstaates, ZAR 8/2019, 245ff.

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- Blick zum Nachbarn

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ISSN 1869-1803
Redaktion Entscheiderbrief
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
www.bamf.de
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 10/2019 - 31.10.2019

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
e-brief@bamf.bund.de
Download: www.bamf.bund.de > Infothek > Publikationen

Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats
(Änderung nach Bedarf)

Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.